

TRUGSCHLÜSSE ZUR BEENDIGUNG DES UKRAINE-KRIEGS

Die angesehene britische Denkfabrik „Chatham House“ veröffentlichte am 27. Juni 2023 eine 54seitige Analyse von neun Trugschlüssen zur Beendigung des Ukraine-Kriegs, zu deren zehn Autoren u.a. Timothy Ash und Keir Giles gehören¹ Die Trugschlüsse teilt Chatham House in zwei Kategorien: „Ideen zur Berücksichtigung der erklärten Interessen Russlands, um eine Friedensabkommen zu beschleunigen“ und „Einwände gegen eine Aufstockung der militärischen und anderen Hilfen für die Ukraine“.

- Trugschluss 1: Jetzt verhandeln: Alle Kriege enden am Verhandlungstisch
- Trugschluss 2: Die Ukraine sollte im Austausch für Frieden Territorium abtreten
- Trugschluss 3: Die Ukraine sollte Neutralität annehmen
- Trugschluss 4: Russische Sicherheitsbedenken müssen respektiert werden
- Trugschluss 5: Eine russische Niederlage ist gefährlicher als ein russischer Sieg
- Trugschluss 6: Russlands Niederlage in der Ukraine wird zu größerer Instabilität in Russland führen
- Trugschluss 7: Der Krieg kostet zu viel, und der Westen muss die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder herstellen
- Trugschluss 8: Das Streben der Ukraine nach Gerechtigkeit behindert den Frieden

Im folgenden Text fasse ich die Analyse zusammen mit zwei Ergänzungen.

TRUGSCHLUSS 1: „Jetzt verhandeln: Alle Kriege enden am Verhandlungstisch“

Diesem Szenario liege die irrtümliche Überzeugung zugrunde, dass Kriege in der Regel in Verhandlungen und mit Kompromissen enden. Es stimme, dass die Mehrheit der Kriege nicht mit einem absoluten Sieg enden, Waffenstillstand und Pattsituation beenden die meisten Konflikte, selbst wenn der "Frieden" schwach oder von kurzer Dauer ist. Aber wenn alles auf dem Spiel steht, enden bewaffnete Konflikte in der Regel mit dem Sieg der einen Seite und der Niederlage der anderen Seite. „Der Krieg ist für die Ukraine existenziell und wird auch von Russland als Krieg um lebenswichtige nationale Interessen dargestellt.“

Die Analogie des Waffenstillstands im Koreakrieg 1953 treffe nicht zu, denn dieser sei unter Bedingungen geschlossen worden und werde aufrechterhalten, die heute auf die Ukraine nicht zutreffen. „Erstens kam er aufgrund von Stalins Tod zustande sowie dem Wunsch der poststalinistischen Führung, den Krieg zu beenden. Anders als Südkorea befindet sich die Ukraine nicht mit einem russischen Marionettenstaat im Krieg, sondern mit Russland selbst, und Putin ist sehr lebendig. Zweitens: Die amerikanischen Truppen und Atomwaffen, die den koreanischen Waffenstillstand bewahrt haben, sind nicht in der Ukraine stationiert, Russland wird wiederholt versichert, dass sie es nicht sein werden.“ Die obige Argumentation berücksichtige außerdem nicht den „Charakter dieses Krieges und die Perspektive eines systemischen Gegners, der dem kollektiven Westen und der internationalen Ordnung, die er zu verteidigen vorgibt, feindlich gesinnt ist“.

Wenn die russischen Truppen, so die Chatham-House-Studie, nicht mit Waffengewalt aus der Ukraine vertrieben werden, werden sie höchstwahrscheinlich nicht abziehen. Für Russland sei ein „eingefrorener Konflikt“ noch nie ein Weg zum Frieden gewesen, sondern eine Plattform, um vermeintliche Gegner weiter zu schwächen.

¹ [2023-06-27-how-end-russias-war-ukraine-ash-et-al.pdf](#)

Wenn sich die Ukraine zu einem schwachen Frieden verdammt sehe wegen des westlichen „Zögerns, der Risikoscheu und der anhaltende Angst vor einem Sieg“, werde der Westen weiteren, möglicherweise in Zukunft noch größeren Prüfungen ausgesetzt sein. „Wenn die Definition des Sieges von Präsident Wolodymyr Selenskiy die der internationalen Partner der Ukraine übersteigt, wird seine Bereitschaft zu Zugeständnissen an Russland wahrscheinlich von der Bereitschaft des Westens abhängen, ihrerseits einen glaubwürdigen Weg zur NATO-Mitgliedschaft zu bieten.“

TRUGSCHLUSS 2: „Die Ukraine sollte im Austausch für Frieden Territorium abtreten“

Die Grenzen der Ukraine von 1991 wurden sowohl von der Ukraine als auch von Russland in internationalen und bilateralen Abkommen anerkannt. Territoriale Zugeständnisse der Ukraine an Russland würden von einigen als ein zu zahlender Preis betrachtet für ein „dauerhaftes Ende von Russlands Bemühungen, seine Nachbarschaft zu destabilisieren und eine Sphäre russischer Vorherrschaft im 21. Jahrhundert zu schaffen“. Doch Chatham House hält es für wahrscheinlicher, dass damit genau das Gegenteil erreicht wird: Russland wird ermutigt, seine Expansionsstrategie fortzusetzen.

Am häufigsten bei den von der Ukraine an Russland abzutretenden Gebieten um des Friedens willen wird die Krim genannt, denn sie sei ein Sonderfall: Sie sei jahrhundertlang russisch, was nicht stimme, denn bis zum Russisch-Türkischen Krieg 1768-1774 war das Chanat Krim ein Vasallenstaat des Osmanischen Reichs. Die Bevölkerung der Krim sei „überwiegend russisch geprägt“, doch noch vor der Krim-Annexion 2014 durch Russland sprachen sich 67 % der Befragten für ihren Verbleib in der Ukraine aus. Chatham House meint, dass die Krim ein geografisches und logistisches Sprungbrett biete, von dem aus Russland mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig Angriffe auf die Ukraine sowie weitere Bemühungen zur Störung der Region und ihrer Destabilisierung unternehmen und die Handelsschifffahrt im Schwarzen Meer in Geiselnahme nehmen könnte. Auch würde die Tatsache, den Status der Krim für einige Jahre auf Eis zu legen, es nicht leichter machen, das Problem in Zukunft zu lösen. „Die Krim würde nicht auf Zeit eingefroren bleiben. Es ist viel wahrscheinlicher, dass die Fortsetzung der russischen Besetzung die Bemühungen Moskaus, die Halbinsel zu militarisieren und zu russifizieren, beschleunigen würde.“

TRUGSCHLUSS 3: „Die Ukraine sollte Neutralität annehmen“

Eine Reihe prominenter Kommentatoren schlugen vor, die Ukraine sollte einen militärisch neutralen Status annehmen, um die russische Aggression zu beenden. Sie plädieren dafür, dass die Ukraine ihre Bestrebungen, der NATO beizutreten, aufgibt, die Präsenz ausländischer Militärbasen auf ihrem Territorium, die es noch gar nicht gibt, ausschließt und auf gemeinsame Militärübungen mit NATO-Mitgliedern verzichtet. Die Zusicherungen der USA an Russland in Bezug auf die Neutralität der Ukraine würden die "Sicherheitsbedenken" Russlands befriedigen, die zu den Vorwänden für seine groß angelegte Invasion im Jahr 2022 gehörten, und dies würde ausreichen, um weitere russische Angriffe auf die Ukraine zu verhindern.

Unter Neutralität verstehe man gemeinhin das souveräne Recht eines Landes, während eines militärischen Konflikts keine Partei zu ergreifen, aber das ist nicht das, was der Kreml wolle. Wenn Russland eine "neutrale" Ukraine fordere, meine es in Wirklichkeit, „sich den territorialen Ansprüchen des Kremls gegenüber schutzlos zu machen, die Schaffung einer Zone unbestrittener russischer Dominanz zu ermöglichen und den Schutz der russischen Militärbasen auf der Krim zu gewährleisten“.

Eine aufgezwungene Neutralität widerspreche zudem einem Grundprinzip des Völkerrechts, dem souveränen Recht von Staaten, internationale Bündnisse zu wählen. Russland selbst habe dieses Prinzip als Mitunterzeichner der Europäischen Sicherheitscharta 1999 in Istanbul (Schlussdokument der OSZE-Gipfelkonferenz) formell anerkannt.

Tatsache sei, dass Russland die Ukraine 2014 auf der Krim und in der Ostukraine angegriffen habe, als sie bereits *de facto* neutral war und als der "Nicht-Block-Status" ein Leitprinzip der ukrainischen Außenpolitik in dem 2010 von der Werchowyna Rada, dem ukrainischen Parlament, verabschiedeten Gesetz war. Dies hat in der Ukraine eine tiefe Narbe und Abneigung gegen jede Lösung hinterlassen, die vorschlägt, diesen verletzlichen Status wiederherzustellen. Seit seiner ersten Invasion in der Ostukraine und der Annexion der Krim im Jahr 2014 habe Russland mehr als 400 internationale Verträge und Konventionen verletzt, vor allem das Budapester Memorandum von 1994. Im Gegenzug für die in diesem Memorandum verankerten Sicherheitsgarantien gab die Ukraine ihr Atomwaffenarsenal aus der Sowjetzeit, das damals das drittgrößte der Welt war, an Russland ab.

TRUGSCHLUSS 4: "Russische Sicherheitsbedenken müssen respektiert werden"

Dieser Vorschlag spiegele die russische Informationskampagne der letzten dreißig Jahre wider, dass es "in Europa keine Sicherheit ohne Russland" geben könne. Er stütze das Argument, dass die westliche Sicherheitspolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unnötig in russische Kerninteressen eingegriffen habe, indem sie die NATO erweitert und Moskau zur Militarisierung seiner Außenpolitik gezwungen habe.

Trotz seines Anspruchs, das Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit zu respektieren, schließt sich der Kreml, so Chatham House weiter, voll und ganz der traditionellen Ansicht imperialer Zentren an, dass ihre Sicherheitsbedürfnisse die der Nachbarländer übertrumpfen. Diese imperiale Politik setze sich fort, wenn sie von den ehemaligen Sowjetrepubliken verlange, dass sie akzeptieren, dass sie, obwohl sie jetzt unabhängige Länder sind, Loyalität gegenüber Russland zu demonstrieren haben, indem sie sich nicht Bündnissen oder Organisationen anschließen, die Moskau als feindlich betrachte. "Feindlich" schließe in dieser Definition die Fähigkeit eines Bündnisses oder einer Organisation – zum Beispiel der EU oder der NATO – ein, die geopolitische Ausrichtung solcher Länder zu ändern.

TRUGSCHLUSS 5: "Eine russische Niederlage ist gefährlicher als ein russischer Sieg"

Eine Reihe westlicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens argumentierten, dass Russland nicht durch eine durchschlagende Niederlage in der Ukraine "gedemütigt" werden dürfe. Dabei werde eine russische Niederlage immer als gefährlicher bezeichnet als eine Pattsituation oder eine Beilegung des Konflikts oder sogar als ein russischer Sieg. Der Wunsch der Ukraine, die russischen Invasoren von ihrem eigenen Territorium zu vertreiben, werde als unvernünftig und "maximalistisch" dargestellt. Die Angst vor einem Sieg der Ukraine habe die westliche Unterstützung für Kiew eingeschränkt und Russland so vor den Konsequenzen seines Handelns geschützt.

Wie auch immer die Kämpfe in der Ukraine ausgehen werden, Russland werde immer noch da sein und weiterhin den gleichen Ehrgeiz hegen, seine Macht auf Kosten seiner Nachbarn auszubauen. Daher müsse ein wesentlicher Bestandteil des Kriegsausgangs darin bestehen, die Fähigkeit Russlands, Aggressionen im Ausland zu unternehmen, zu minimieren. Dies impliziere die Notwendigkeit, den russischen Streitkräften den größtmöglichen Schaden zuzufügen, und das sei daher ein weiteres starkes Argument dafür, der Ukraine alle Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen dieser Schaden erreicht werden könne.

Russland habe auch bewusst Ängste vor einer nuklearen Reaktion auf eine Niederlage geschürt. Aber es gebe nur wenige Umstände, unter denen eine Niederlage in der Ukraine als existenzielle Bedrohung für Russland selbst oder für deren Führungselite ausgelegt werden könne, obwohl Putin den Krieg unaufrichtig als einen Überlebenskampf für die russische Zivilisation darstelle. Außerdem gebe es noch weniger Gründe anzunehmen, dass die Eliten eine für Russland überlebensfähige Niederlage in der Ukraine in eine existenzielle Bedrohung verwandeln möchten, indem sie einen nuklearen Einsatz entfesseln.

Auch wenn Russland behaupten möge, dass die Unterwerfung der Ukraine und die Besetzung der Krim sein nationales Schicksal sei, müsse dies nicht bedeuten, dass es schließlich nicht in der Lage

wäre, erobertes oder "annektiertes" Gebiet aufzugeben, wenn die Alternative das Überleben Putins und seiner Umgebung an der Macht wäre.

Auf lange Sicht werde nur eine substanzielle und unbestreitbare Niederlage in der Ukraine Russland dazu veranlassen, den langsamen Prozess des Wandels einzuleiten. Die russische Führung müsse verstehen, dass sie einen kolossalen Fehler begangen habe, als sie ihren umfassenden Krieg gegen die Ukraine begonnen hat, und die Bevölkerung im Allgemeinen müsse verstehen, dass das Zeitalter der Imperien für Russland genauso vorbei ist wie für andere europäische Mächte, eine Niederlage Russlands werde Europa und die Welt zu einem sichereren Ort machen.

TRUGSCHLUSS 6: "Russlands Niederlage in der Ukraine wird zu größerer Instabilität in Russland führen"

Es gebe ein wachsendes Narrativ, dass einer große Niederlage Russlands in der Ukraine unweigerlich eine Art schwerer interner Turbulenzen in Russland folgen würde, wobei Spekulationen über die wahrscheinlichen Folgen von zunehmender politischer Instabilität bis zum Auseinanderbrechen des Landes reichen würden. Die gescheiterte Meuterei Prigoschins am 24. Juni 2023 hat auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie interne militärische Machtkämpfe das Regime von Wladimir Putin bedrohen könnten. Der erfolgreiche Marsch der Wagner-Söldner, der von Rostow am Don, dem russischen Hauptquartier für den Ukrainekrieg, auf keinen Widerstand stoßend sich bis auf 200 km Moskau nähern konnte und dann von sich aus – warum – stoppte, war möglich, weil der Inlandsgeheimdienst FSB, obwohl er Agenten bei den Wagner-Söldnern hatte, und die Nationalgarde nichts unternahmen, ihn aufzuhalten.²

Für viele im Westen wäre das schlimmste Szenario die Zersplitterung der Russischen Föderation in ihre Bestandteile, was zum Verlust der Kontrolle über Atomwaffen oder zur Schaffung eines geopolitischen Vakuums führen würde, das von China gefüllt werden würde. Nach dieser Logik sei eine politische Instabilität in Russland um jeden Preis zu vermeiden, das bedeute, dass die russischen Streitkräfte des Landes in der Ukraine keine katastrophale Niederlage erleiden dürfen. Dies wiederum birge die Gefahr, dass der Sieg der Ukraine weniger wichtig sei als die Vermeidung einer russischen Niederlage.

Es werde viel von der Aussicht gesprochen, dass die Russische Föderation im Falle einer militärischen Niederlage zerfallen könnte. Es gebe jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass ein Zerfall des Staates wahrscheinlich wäre, denn es würden die Voraussetzungen dafür fehlen: den Regionen die politischen Führer, Ressourcen, Ideologien und Instrumente, um Moskau herauszufordern. Die strenge politische und wirtschaftliche Kontrolle des Zentrums, einschließlich des Personals und der Sicherheitsbehörden, verleihe dem Regime eine beträchtliche – wenn auch nicht unerschöpfliche – Fähigkeit, auch unter extremem Stress durchzuhalten.

Hinzu komme, dass Russlands Minderheiten, die etwa 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wenig Interesse an einer Sezession haben. Die meisten nicht-russischen Republiken würden eine Dezentralisierung befürworten, um eine echte Föderation zu schaffen und nicht die Auflösung des Staates. Diese Republiken seien sich nur allzu bewusst, wie Tschetschenien durch einen Krieg zu Beginn von Putins Amtszeit befriedet wurde, und sie hätten offensichtlich keinen Wunsch nach einer ähnlichen Erfahrung. Die Versuchung, eine Parallele zwischen dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der gegenwärtigen politischen Situation zu ziehen, ignoriere die enormen und entscheidenden Unterschiede in den Bedingungen in der damaligen UdSSR und dem heutigen Russland.

² Vgl. die Analyse des russischen Geheimdienstexperten Andrei Soldatow und der russischen Investigativjournalistin Irina Borogan „Putin's Real Security Crisis“ vom 6. Juli 2023 in „Foreign Affairs“ (<https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/putin-security-crisis-wagner-rebellion>). Vgl. dazu auch meine Analyse von Ende Juni 2023 „Prigoschin-Inszenierung durch Patruschew an Putin vorbei“ (https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2023/06/949_Schneider-2.pdf); Patruschew ist der Sekretär des russischen Sicherheitsrats. Der FSB-Chef, Armeegeneral Alexander Bortnikow, und der Kommandeur der Nationalgarde, Armeegeneral Wiktor Solotow, sind Mitglieder des Sicherheitsrats.

Die westliche Politik könne nicht auf dem Glauben beruhen, dass die innere Instabilität in Russland ein größeres Übel sei als der Krieg selbst und die Repressionen des Kremls im Inland. Tatsächlich sei die Niederlage Russlands in der Ukraine eine notwendige Bedingung – wenn auch vielleicht nicht die ausreichende – für den Untergang des Putin-Regimes. Die russische Opposition schätze die Aussicht auf eine militärische Niederlage als Mittel, um Risse im Regime zu schaffen und ein politisches Tauwetter zu ermöglichen. Ein entscheidender ukrainischer militärischer Sieg biete *zwar keine Garantie* für den Sturz Putins, aber er biete die beste Chance für politische Reformen in Russland, und er sei zumindest notwendig, um die imperialen Ambitionen Russlands zu zähmen

TRUGSCHLUSS 7: "Der Krieg kostet zu viel, und der Westen muss die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder herstellen"

Wladimir Putins Krieg in der Ukraine verursache enorme finanzielle Kosten für die Ukraine, den Westen und die Weltwirtschaft. Ein weit verbreiteter Irrglaube, der sich aus dieser Situation ergebe, sei, dass der Westen es sich angesichts anderer wirtschaftlicher Prioritäten einfach nicht leisten könne, der Ukraine weiterhin zu helfen, und dass der beste Weg, die Spannungen mit Russland zu beenden, darin bestehe, zum Status quo der wirtschaftlichen Interdependenz vor dem Krieg zurückzukehren. Nur dann, so das Argument, werde Russland ein Interesse an einer Deeskalation haben.

Zusammengenommen seien die bisherigen Summen westlicher Hilfe – 46 Mrd. US-Dollar für den ukrainischen Haushalt und 50 Mrd. US-Dollar Militärhilfe - enorm, aber es gebe keine glaubwürdige Alternative zu höheren Ausgaben für den Westen, kein Szenario könne die Uhr einfach auf den Tag vor dem Kriegsbeginn, den 23. Februar 2022, zurückstellen. Die europäische Sicherheit sei durch die russische Aggression grundlegend geschwächt, und der Westen müsse sich entsprechend anpassen.

Durch seine groß angelegte Invasion in der Ukraine habe Russland seine aggressiven Absichten gegenüber dem Westen unter Beweis gestellt, wenn sie in der Ukraine nicht gestoppt würden, bestehe die glaubwürdige Gefahr einer weiteren russischen Expansion nach Europa. Die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland würde Moskau nur dabei helfen, seine Streitkräfte schnell wieder aufzubauen, und wenn dies dazu führe, dass Russland die Ukraine besiege und dann seinen Blick auf Polen richte, müsste der Westen viel mehr für die Verteidigung seiner Grenzen ausgeben.

Die beste Strategie der NATO sei die Vorwärtsverteidigung, indem sie Russland jetzt in der Ukraine aufhalte, dies sei auch die billigste Option. Tatsächlich seien die Beträge, die derzeit für die Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung - und damit auch für den Schutz der Sicherheit des Westens - ausgegeben werde, im Vergleich zu den finanziellen Verpflichtungen der NATO insgesamt relativ gering. Die bisherigen Verteidigungsausgaben und die Haushaltsunterstützung für die Ukraine belaufen sich auf rund 96 Mrd. US-Dollar und machen zusammengenommen gerade einmal 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts des westlichen Bündnisses aus.

TRUGSCHLUSS 8: "Das Streben der Ukraine nach Gerechtigkeit behindert den Frieden"

Einige Experten würden dafür plädieren, die Frage der Gerechtigkeit für die Ukraine – zumindest jetzt und in der unmittelbaren Nachkriegszeit – beiseite zu schieben, um einen schnelleren Weg zum Frieden zu finden. Sie argumentieren, dass die Proaktivität der Ukraine - derzeit würden in der Ukraine 89.000 Untersuchungen zu russischer Kriegsverbrechen laufen - bei der Suche nach Rechenschaftspflicht vor internationalen und nationalen Gerichten in Bezug auf den russischen Staat, seine politische und militärische Führung, Propagandafiguren und Soldaten als Abschreckung für die Beendigung des Krieges wirken könnte.

Solange das Muster der Straflosigkeit nicht durchbrochen werde, werde Russland weiterhin weltweit direkte und stellvertretende Gewalt ausüben. Die Einschränkung des Strebens der Ukraine nach Gerechtigkeit verstieße gegen die völkerrechtliche Verpflichtung, die Täter von Gräueltaten strafrechtlich

zu verfolgen und würde ein entmutigendes Signal an die Zivilgesellschaften senden, die sich weltweit gegen repressive Regime stellen.

Der tiefe Wunsch der Ukrainer nach Gerechtigkeit und die umfangreichen Anstrengungen, die bisher zu ihrer Durchsetzung unternommen worden seien, ließen darauf schließen, dass jedes Friedensabkommen, das die Rechenschaftspflicht russischer Täter mildert, wahrscheinlich akute soziale Unzufriedenheit in der Ukraine hervorrufen würde. Würde man einer fairen Untersuchung der Verbrechen des Kremls den Vorrang geben, würde man den Völkern Russlands auch eine unparteiische Einschätzung ihrer eigenen direkten oder indirekten Mitschuld an der Unterstützung des Krieges oder ihrer Duldung nehmen.

TRUGSCHLUSS 9: "Dieser Krieg ist nicht unser Kampf, und es gibt wichtigere globale Probleme"

Nicht selten werde argumentiert, dass die Ausgaben und Anstrengungen des Westens für den Sieg über Russland in der Ukraine von wichtigeren geopolitischen Anliegen ablenken, etwa der Bewältigung des gegnerischen China oder der Reaktion auf den Klimawandel.

In einer Zeit, in der die Demokratie nach allen messbaren Indikatoren rückläufig sei, könne es sich die transatlantische Gemeinschaft nicht leisten, zuzulassen, dass das Regime in Moskau imperiale Aggression und Annexion zu einer akzeptablen Form der Politik macht. Wenn westliche Nationen den Krieg in der Ukraine nicht vollständig als ihren eigenen Kampf für eine Niederlage Russlands begreifen, bestünde die Gefahr, dass eine Zukunft geschaffen werde, in der Petrotyrannen die Weltordnung neu schreiben dürften.

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikow erklärte am 7. Juli 2023 zum globalen Charakter der ukrainischen Sicherheit: „In den kommenden Jahrzehnten wird die ganze Welt nach den Regeln leben, die durch das Ergebnis der russischen Invasion in der Ukraine festgelegt wurden...Die Art und Weise, wie wir in der Ukraine auf diese Probleme reagieren, wird das internationale Sicherheitsklima bestimmen. Alle Versuche, die russische Invasion auf rein lokaler Ebene anzugehen, indem der Konflikt eingefroren oder die Ukraine zu territorialen Zugeständnissen gezwungen wird, werden scheitern und die internationale Instabilität nur weiter anheizen. Stattdessen müssen wir anerkennen, dass die von Russland ausgehenden Bedrohungen globaler Natur sind und eine globale Antwort erfordern.“³

³ [Oleksii Reznikow: Ukraine's defense doctrine will define country's future - Atlantic Council](#)